

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Verlässliche Grundschule weiter ausbauen

Zum Schuljahr 2000/2001 ist – zum Teil mit Skepsis begleitet – an allen Grundschulen der Stadtgemeinde Bremen die verlässliche Grundschule von 8.00 bis 13.00 Uhr eingeführt worden. Der Ansatz, dass jede Schule ihr spezifisches Modell selbst ausgestaltet, hat sich als richtiger Weg erwiesen. Die Anmeldezahlen zeigen, dass eine hohe Akzeptanz erreicht werden konnte. Für die Betreuung wurden ca. 65 % aller Grundschülerinnen und -schüler angemeldet. Bei Eltern und Kindern gab es insgesamt eine positive Resonanz auf die Einführung. Das Konzept ist eine Antwort auf die Forderung nach einer besseren Vereinbarung von Familien- und Berufsarbeit. Steigende Anmeldezahlen zum kommenden Schuljahr um rund 5 % zeigen, dass der Bedarf wächst und es notwendig ist, Voraussetzung zu schaffen, die das Gesamtkonzept optimieren. Die Kooperation mit den Einrichtungen der Jugendhilfe und der Freien Träger hat sich als tragfähig erwiesen. Für eine erfolgreiche Grundschularbeit ist die Zusammenführung unterschiedlicher Professionen zu einem gemeinsamen Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungskonzept für Kinder im Grundschulalter notwendig.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senator für Bildung und Wissenschaft auf, das Rahmenkonzept der verlässlichen Grundschule weiter zu entwickeln, zu den folgenden Fragestellungen Perspektiven bzw. Lösungsansätze aufzuzeigen, und der Stadtbürgerschaft bis Oktober 2001 zu berichten:

1. Wie kann die Verzahnung zwischen Unterrichts- und Betreuungsarbeit weiter optimiert werden?
2. Was wird getan, um räumliche Engpässe zu reduzieren?
3. Wie wird die Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf abgesichert?
4. In welcher Weise kann Elternarbeit und -unterstützung sowie die Kooperation mit Stadtteileinrichtungen wie z. B. Sportvereinen in den einzelnen Schulen noch verstärkt werden?
5. Wie können sozialpädagogische Fachkräfte stärker in die grundschulpädagogische Unterrichts- und Betreuungsarbeit einbezogen werden?

Ulrike Hövelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Bürger, Rohmeyer, Eckhoff und Fraktion der CDU